

Mehr als nur unfair

Auch ein kleiner Kratzer am Auto sollte gemeldet werden. An heimischen Einkaufsmärkten klärt die Polizei darüber auf, dass aus einem Unfall schnell eine Straftat werden kann.

Von Michael Grundmeier

Minden (mig). Das ist wohl jedem schon mal passiert: Man geht nur für einige Minuten einkaufen, und das eigene Auto hat eine Delle mehr. Der Verursacher hat in der Zwischenzeit längst das Weite gesucht, sprich: er ist geflüchtet. In einer landesweiten Aktion hat die Polizei jetzt darauf aufmerksam gemacht, dass das kein Kavaliersdelikt, sondern eine Straftat ist.

Für den Verursacher stelle sich die Situation natürlich etwas anders dar. Er kommt von der Arbeit, ist müde, hört vielleicht Radio. Dann, beim Ausparken, ruckelt der Wagen etwas. War da was? Dass man nichts vom Unfall mitbekommen habe, gehört zu den häufigsten Entschuldigungen, die sich die Polizisten anhören müssen.

„Ich kann mir das aber kaum vorstellen, außer wenn man vielleicht ganz laut Musik hört oder in einem Lkw sitzt“, sagt Polizeihauptkommissar Michael Langer, Verkehrssicherheitsberater bei der Polizei Minden-Lübbecke. Irgendetwas würden wohl die meisten von dem Unfall mitbekommen. Wer dann weiterfahre, müsse sich über Eines im Klaren sein: „Was sonst nur ein kleiner Versicherungsschaden wäre, ist dann eine Straftat.“

Oberkommissarin Jeannette Gallmeyer erläutert die Folgen, die ein derartiges Verhalten nach sich ziehen kann: „Beim Strafverfahren ist der Führerschein ganz weg und muss dann neu beantragt werden.“ Dabei könne es auch zu Auflagen wie einer Medizinisch-Psychologischen Untersuchung (MPU)



Unfallspuren am Stoßfänger eines geparkten PKW: Ärgerlich und teuer.

Foto: Arno Burgi/dpa

kommen. Gerade für jüngere Fahrer könne das schlimme Folgen haben. „Oft hängt ja ganz viel am Führerschein, eine Ausbildung oder die Arbeit, gerade wenn man auf dem Land wohnt.“

Was also tun, wenn es gerummt hat? Einen Zettel hinter den Scheibenwischer stecken? Das gehe gar nicht, sagt Michael Langer, das Papier könnte wegfliegen oder von Unbefugten entfernt werden.

Als erstes sollte man den Besitzer des

Autos ausfindig machen oder man ruft sofort die Polizei. Wichtig nur, dass der Verursacher vor Ort bleibt, bis alles geklärt ist. Fährt er weg, gilt er als fahrerflüchtig.

Robin Heidemann, Mitarbeiter des E-Centers Königstraße, begrüßt die Aktion: „Es geht hier schließlich um ein ernstes Thema.“ Selbst, wenn nur Sachschaden entstanden sei, müsse das von der Allgemeinheit bezahlt werden, falls der Verursacher nicht zu ermitteln sei.

„Wir haben hier häufig mit Unfallfluchten zu tun, deshalb finde ich gut, dass diese Hinweiszettel jetzt bei uns an der Info-Stelle liegen.“

Polizeihauptkommissar Michael Langer ist mit der Aktion an drei Standorten ebenfalls sehr zufrieden. „Gerade jetzt in der Weihnachtszeit, wo es hektisch ist und früh dunkel wird, wollten wir die Menschen für dieses Thema sensibilisieren“, erläutert er. Das sei gelungen.

Polizei-Kampagne gegen Unfallflucht

- Hintergrund der Aktion „Unfallflucht ist unfair“ des Innenministeriums NRW und der Polizei Minden-Lübbecke ist die gestiegene Zahl an Verkehrsunfallfluchten in NRW.
- So wurden in den vergangenen beiden Jahren im Mühlenkreis insgesamt 1.664 (2017) und 1.717 (2018) Unfallfluchten polizeilich erfasst. Annähernd die Hälfte der Delikte konnte aufgeklärt werden.
- Bis Ende September dieses Jahres wurden den Beamten kreisweit 1.147 Verkehrsunfallfluchten ge-

meldet. Spitzenreiter im genannten Zeitraum ist Minden mit 445 Verkehrsunfallfluchten, danach kommt Bad Oeynhausen (210) und der Bereich Espelkamp/Lübbecke (181).

- Zentrales Element der Präventionskampagne ist ein Hinweiszettel. Dieser ist an den Informationsschaltern verschiedener Supermärkte sowie in allen Polizeidienststellen im Kreisgebiet erhältlich und soll für Zeugen als Gedankenstütze dienen. Was für ein Kennzeichen hatte der Wagen, welche Farbe?



Warnen vor Unfallflucht: Stephan Spanke (von links), Michael Langer, Robin Heidemann und Jeannette Gallmeyer. Foto: Michael Grundmeier

Exkursion geplant

Klimabündnis berät über Aktionen

Minden (mt/lkp). Mit gesundem Selbstbewusstsein will das Klimabündnis im Mühlenkreis im zwölften Jahr seines Bestehens für Klimaschutz eintreten. Der eingetragene Verein, dem neben vielen Privatpersonen auch Kommunen, Stadtwerke, die Verbaucher-

die Stimmen lauter, die von dem „Klimahype“ oder „Klimawahn“ sprächen und Klimaschutz für überflüssig hielten.

Im Schulterschluss mit der Bewegung „Fridays for Future“ will der Verein im Winter einen spielerischen Wettbewerb im CO₂-Einsparen starten. Über die App „Change the Future“ kann jeder seinen ökologischen Fußabdruck vergleichen und sich zu größeren Anstrengungen motivieren.

Dr. Frederik Wegener stellte das Integrierte Klimaschutzkonzept des Kreises und den damit verbundenen Maßnahmenkatalog vor. Das Klimabündnis will daran engagiert mitarbeiten und eigene Maßnahmen mit dem Kreis koordinieren. Geplant sind ein Workshop zum Bereich Windenergie und eine Exkursion zur Klimakommune Saerbeck.

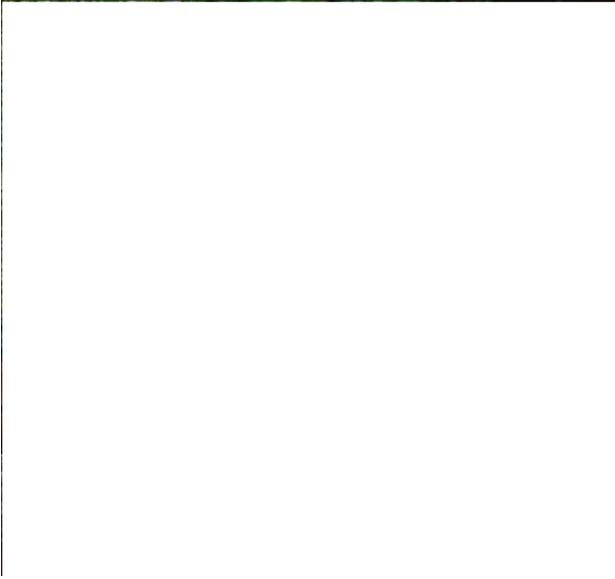
Anschließend wurde der bestehende Vorstand für weitere zwei Jahre gewählt.

beratung und andere Institutionen angehören, zog auf seiner Jahreshauptversammlung die Bilanz eines Jahres, das von den Fridays for Future geprägt war.

Seit freitags auch in Minden-Lübbecke Jugendliche für ihre Zukunft auf die Straße gingen und auf die Dringlichkeit eines effektiven Klimaschutzes aufmerksam machten, habe sich das „Klima für den Klimaschutz“ spürbar verbessert. Allerdings würden auch

Raus aus dem Alltag

Pilgern wird auch im Mühlenkreis zunehmend beliebter



Pilgern auf dem Sigwardsweg, der durch das Mindener und das Schaumburger Land führt, wird immer beliebter. Foto: pr

men. Wurden 2008 noch rund 125.000 registrierte Pilger gezählt, waren es 2018 bereits etwa 330.000 – Tendenz steigend.

Und auch in Deutschland ist der Trend zum Pilgern unge-

brochen. Nach der Veröffentlichung des Buches von Hape Kerkeling „Ich bin dann mal weg“ im Jahr 2006 stieg die Zahl der Pilger um 70 Prozent. 2018 waren es knapp 26.000 Deutsche, die sich auf den Weg

nach Santiago machten.

Doch nicht nur der Jakobsweg steht im Fokus. Auch im Heimatraum würden die Menschen zunehmend affin für das Pilgern, erklärte der Vorsitzende des Dombau-Vereins Minden, Hans-Jürgen Amtage. Der überkonfessionelle Förderverein betreibt mit dem Kirchenkreis Minden das Pilgerbüro im Domschatz am Kleinen Domhof, wo in den Sommermonaten bis zu 200 Anfragen zum Sigwardsweg, der durch das Mindener und das Schaumburger Land führt, aufliefen.

Der Vorsitzende des Vereins Sigwardsweg, Uwe Marczinik, ist zufrieden mit der Entwicklung. Bei gemeinsamen Touren zeige sich, mit welcher Innigkeit sich die Menschen auf den spirituellen Weg machten. Unter anderem der Tourismusbereich des Kreises Minden-Lübbecke und die Tourismusmarketing Schaumburger Land bringen sich in die Unterhaltung des 170 Kilometer langen Pilgerweges ein, der an den 25. Bischof von Minden, Sigward (1120-1140), erinnert.

Telekom legt neue Anschlüsse

Minden (mt/lkp). In der Lübbecke Straße laufen weiter Arbeiten der Deutschen Telekom. Diese legt aktuell in Höhe des Hauses Nr. 36 bis zur Einmündung Hohenstaufenring sowie von der Hausnummer 36 bis 43 neue Anschlüsse. Dort werden unter Baustellenabsicherung Kabelgräben geöffnet. Der Verkehr ist dadurch nicht eingeschränkt.

– Anzeige –

Ihr Mindener Fachgeschäft

Kundendienst & Verkauf

Tel.: 0571 / 828 060

Denkmalstraße wieder frei

Minden-Todtenhausen (mt/lkp). Die Baumaßnahme zur Verlängerung des Kanals in der Denkmalstraße ist abgeschlossen. Die Straße wurde gestern wieder für den Verkehr freigegeben.

AG 60 plus begrüßt Beschluss zur Grundrente

Minden (mt/rad). Für die AG 60 plus der SPD im Mühlenkreis ist der Kompromiss der Großen Koalition zur Grundrente eine vertretbare Lösung. „Wir freuen uns über diese Entscheidung, weil damit ein großer Kreis von Menschen mehr Anerkennung von Lebensleistung zugesprochen wird, ohne zu Bittstellern zu werden“, heißt es in einer Mitteilung der AG 60 plus. Ziel bleibe für die SPD die Einführung einer Erwerbstätigenversicherung, in die alle einzahlen, auch Beamte, Selbstständige und Abgeordnete. Es dürfe keine Erhöhung des Renteneintrittsalters geben, „weil schon jetzt viele vorzeitig in Rente gehen und dabei lebenslange Abschläge in Kauf nehmen müssen“.